



Diskutierten über Armut in Europa (von links): Fintan Farell, European Anti Poverty Network, Marius Ernsting, Humanitas, und Josef Ackerl, Kinderfreunde

1990 wird ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnet, was zur Reduktion der Armut geführt hat. Nach Angaben der Weltbank hat sich in diesen Jahren die Armut um zehn Prozent verringert. Die ukrainische Regierung sieht die Armutsbekämpfung als ihre Priorität, da Armut ein Hindernis zur europäischen Integration des Landes ist. Einige Gründe für die hohe Armut in der Ukraine sind das ineffiziente Sozialversicherungssystem und die hohe Arbeitslosigkeit. Besonders hart betroffen sind AlleinzieherInnen, PensionistInnen und Obdachlose. Obdachlosigkeit ist dabei eine extreme Form der Armut und ein Ergebnis des allgemeinen wirtschaftlichen Rückgangs im Lande. Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit wurde lange vernachlässigt, in den letzten zwei Jahren traf die ukrainische Regierung jedoch die notwendigen Maßnahmen. Die NGO sind die aktivsten Kämpfer gegen die Armut: Ihnen fehlt es jedoch an qualifiziertem Personal. Die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu erreichen, ist eine schwierige Aufgabe. Die NGO seien von ausländischen GeldgeberInnen abhängig. Frau Aliyeva fordert eine Stärkung der Rolle der NRO bei der Armutsbekämpfung. Die Ukraine müsse dieses Problem zur nationalen Priorität erklären und notwendige Rahmenbedingungen für entsprechende soziale Dienstleistungen schaffen.

Panel 1: Armutsbekämpfung

TeilnehmerInnen:

Josef Ackerl, Kinderfreunde Österreich

Lyudmyla Aliyeva, Narodna Dopomoha (Ukraine)

Jenő Üszöghy Bleyer, European Senior Organisation (Ungarn)

Marius Ernsting, Humanitas, Niederlande

Fintan Farell, European Anti Poverty Network

Ruedi Winkler, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk

Diskussionsleiter: Giampiero Alhadeff, solidar

Geeignete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung

Giampiero Alhadeff stellte die Frage an das Podium, ob die so genannte Offene Methode der Koordinierung (OMK) kein allzu „weiche“ bzw. unverbindlicher Ansatz sei. Die EU-Mitglieder seien, so Alhadeff, der Meinung, dass die Armutsbekämpfung nationale Angelegenheit bleiben soll, weswegen die OMK eingeführt wurde, anstatt etwas Solideres zu schaffen.

Fintan Farell gab zu bedenken, dass zurzeit sogar dafür gekämpft werden müsse, diese „weiche“ Methode durchzusetzen. Denn nicht jeder EU-Mitgliedsstaat ist mit der Einführung verbindlicher Sozialstandards einverstanden, obwohl eine Diskussion in diese Richtung wichtig ist. Soziale Eingliederung steht seit 2000 auf der EU-Agenda und es gibt bereits einen Meinungsaustausch. Dank der OMK-Methode können viele Probleme angesprochen und Lösungen überlegt werden. 2010 wird das EU-Jahr zur Armutsbekämpfung sein. Dann kann eine andere Methode ausgearbeitet und vorgeschlagen werden.

Weiters wurde unter reger Beteiligung des Publikums darüber diskutiert, wie die Nationalen Aktionspläne zur Armutsbekämpfung (NAPs) in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zustande kamen. Stark bemängelt wird, dass in Österreich die Nichtregierungsorganisationen in den Prozess kaum eingebunden waren. Im Gegensatz dazu gab es in Holland regelmäßige Konsultationen mit der organisierten Zivilgesellschaft. Josef Ackerl von den Kinderfreunden Österreichs meinte dazu, dass die Positionen der österreichischen NGO im diametralen Gegensatz zur Position der Regierung standen und dass das österreichische Sozialministerium in der NAP-Diskussion nicht auf politischer, sondern nur auf Beamtenebene vertreten war. Beamte müssen sich aber, wenn es schwierig wird, aus Loyalität zurückziehen.

Abschließend wurde noch über das arbeitsunabhängige Grundeinkommen als Weg, um Armut zu vermeiden, diskutiert. Fintan Farell merkte dazu an, dass derzeit wird zwar eine Mitteilung der Europäischen Kommission zum Mindesteinkommen vorbereitet wird, dass es jedoch keine Diskussion zum Grundeinkommen gebe. Sofern es in Europa Diskussionen dazu gebe, werden diese über die Negativsteuer geführt, so der Niederländer Marius Ernsting. Eine Vereinheitlichung in Steuerfragen sei aber aufgrund der diesbe-

züglichen kulturellen Unterschiede zur Zeit wenig wahrscheinlich, meinte solidar-Verteter Giampiero Alhadef. Hinsichtlich der Strategien Armutsbekämpfung hält er es vor allem für wichtig, die NAPs umzusetzen. Zudem müssen die entsprechenden Diskussionsprozesse unter Beteiligung der NGOs ablaufen. Die Europäischen Strukturfonds stellen seiner Ansicht nach ein geeignetes Instrument dar, um Armut auf lokaler Ebene zu bekämpfen.

Wie erreichen wir mehr Beschäftigung und Bildung in Europa?

19 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. Arbeit unter würdigen Bedingungen ist aber der Schlüssel zu einem sozialen Europa. Es stellen sich daher die Fragen, ob die Regierungen ausreichende Maßnahmen setzen, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und ob die Anstrengungen Europas für mehr und bessere Bildung reichen.

Das Panel begann mit Kurzpräsentationen der DiskutantInnen und ging anschließend in eine Publikumsdiskussion über. Als erster war der Ire Proinsias De Rossa am Wort. De Rossa ist Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EU-Parlaments. Die Mitglieder des Beschäftigungsausschusses befassen sich aktuell mit der Frage nach einem geeigneten europäischen Sozialmodell. Hauptsächlich wird ein Konsens in Bezug auf die europäischen Sozialsysteme gesucht. Ziel ist Gleichheit und Solidarität und eine bestmögliche Unterstützung der sozialpolitischen AkteurInnen in den nationalen Regierungen.

Europäische Entwicklung

De Rossa nahm allgemein zu Problemen der Europäischen Entwicklung Stellung. Das Ziel ist, künftig effektivere Entscheidungsfindungen zu ermöglichen. Jeder Mitgliedstaat muss seine eigene Verantwortung wahrnehmen. Die Umsetzung in den Ländern durch die jeweilige Regierung ist maßgeblich. De Rossa führte als Beispiel Irland an: Hier gibt es einen Ausschuss des irischen Parlaments, um die EU-Maßnahmen im eigenen Land umzusetzen. ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften diskutieren

Josef Ackerl forderte konkrete nationale und europäische Programme im Bereich der Armutsbekämpfung. Notwendig seien spezifische Maßnahmen auf nationaler Ebene, vor allem Sozialkriterien, ähnlich den Maastricht-Kriterien. Es müsse eine Identität durch Arbeit und Kultur geschaffen und somit Armut bekämpft werden. Ackerl: „Wir brauchen ein Europa der Menschen und nicht ein Europa der rationalisierten Wirtschaft.“

gemeinsam diese Maßnahmen. Das Geschehen auf regionaler Ebene ist entscheidend.

Weiters hält er die Einbindung der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene in Bezug auf Lissabon für bedeutsam. Nicht nur Lobbying ist wichtig, sondern auch die intensive Auseinandersetzung in den Mitgliedstaaten. Vielen politischen Kräften fehle aber das notwendige Wissen hierfür.

Ein weiteres Problem ist das Budget. Meist gibt es Kürzungen im Bildungsbereich und in anderen Bereichen, die für den sozialen Zusammenhalt entscheidend sind. Das Europäische Parlament kämpft für institutionelle Vereinbarungen, damit es bei Budgetfragen noch mehr Mitsprache hat.

Zudem gibt es ein Problem hinsichtlich der Medienberichterstattung in den Ländern. Nationale Zeitungen beschäftigen sich kaum in adäquater Weise mit europäischen Bestimmungen bzw. Berichten. Es fehlen die ExpertInnen für den Bereich Sozialpolitik. Und oftmals wird die Regierungsinformation von den Medien ohne weitere Recherche übernommen.

Arbeitslosigkeit und Armut in Ungarn

Daran anschließend berichtete Szusza Ferge, Professorin für Ökonomie und Soziologie in Budapest, von den bestehenden Problemen hinsichtlich Arbeit und Bildung in Ungarn. In den letzten 20 Jahren ist hier die Zahl der Beschäftigten von 5,5 auf vier Millionen gesunken. Die Arbeitslosenrate Ungarns ist um ca. zehn Prozent höher als im EU-Durchschnitt. Auffallend ist, dass die Anzahl der Kinder in den Grundschulen gestiegen ist. Vor allem Kinder aus armen Familien absolvieren bloß die Grundschulausbildung. Diese ist am Arbeitsmarkt kaum verwertbar. Dadurch entsteht eine extreme soziale Kluft zwischen gut und schlecht Ausgebildeten. Dieser Problematik wird durch spezielle Kinderhorte und eine Verbesserung der Familienbeihilfen zu begegnen versucht.

Die Armutsrate in der EU beträgt 14 Prozent, in Ungarn liegt sie bei 20 Prozent. Vor allem große Familien mit drei oder mehr Kindern sind armutsgefährdet. Bezüglich Kinderarmut gab es in den letzten Jahren eine Verschärfung. Besonders schlecht ist die Situation für Roma-Kinder. Szusza Ferge entwickelt zurzeit ein Programm zur Eindämmung der Kinderarmut. Sie steht momentan vor dem Problem, den Kreis der Betroffenen ausfindig zu machen und einzugrenzen. So konnte bislang nicht geklärt werden, wie viele Kinder ohne Wasser und Strom leben und wie deren Leben genau aussieht.

Ungarn ist ein kleines Land mit großen regionalen Entwicklungsunterschieden. Als sozialpolitische Ziele werden die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Stärkung der Bürgerrechte und die Minimierung von Armut (v.a. von Kinderarmut) angestrebt.

Für alle Programme, die gegenwärtig entwickelt werden, ist die Teilnahme der Bevölkerung erforderlich. Es besteht bereits ein ungarisches Netzwerk gegen Armut, in das die Bevölkerung eingebunden ist. Durch die Mitgliedschaft Ungarns in der EU partizipiert das Land an Europäischen Programmen zur Armutsbekämpfung.

Gegen Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt

Juliette Kamper ist Mitglied der Europäischen Frauenlobby und setzte sich vor allem mit Anstellungs- und Ausbildungsfragen von Frauen auseinander. Die Europäische Frauenlobby arbeitet in 25 Ländern und beschäftigt sich vor allem mit Frauenrechten, sozialer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung, Gleichbehandlung von Geschlechtern und deren Beschäftigung. Es ist bekannt, dass in der EU die Beschäftigungsrate von Frauen niedriger ist als die von Männern.

Nach wie vor fallen Hausarbeit und Kindererziehung hauptsächlich den Frauen zu. Nicht zuletzt deshalb ist es für Frauen schwierig, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Erschwert wird dadurch auch die Weiterbildung von Frauen. Oftmals sind Teilzeitarbeit und in der Folge geringere soziale Absicherung die Konsequenzen. Ein klares Ziel der Europäischen Frauenlobby ist es, diese Kluft zwischen Männern und Frauen zu schließen.

Nach wie vor bestehen große geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Löhne und Gehälter. Zurzeit können Frauen und Männer nicht dieselben Berufe ausüben. Abhilfe schaffen hier Initiativen wie z.B. die Entwicklung von Programmen, die sich auf

eine gleiche Ausgangslage für Frauen konzentrieren und Maßnahmen hinsichtlich Bildung und Ausbildung fördern. Weitere Maßnahmen sind das Eröffnen von Karrieremöglichkeiten für Frauen und Regelungen, um Berufliches und Privates zu vereinbaren (Pflege für ältere Menschen, Kinder, die besondere Pflege benötigen, leichter Zugang zu Kindergärten und Horten).

Massiver Aufholbedarf besteht für Juliette Kamper bei der Weiterentwicklung der Rollen von Männern und Frauen (z.B. Überarbeitung der Unterrichtsmaterialien in den Schulen, um Stereotypen abzuschaffen). Diese Schritte hält sie für unabdingbar, um eine Gleichheit von Männern und Frauen in Europa zu bewirken.

Arbeitsplätze für Ältere sichern

Otto Graeber ist Präsident der European Senior Organisation (ESO) in Deutschland. Die Organisation verfolgt das Ziel, ältere und jüngere Menschen zusammenzubringen. Gemeinsam sollen Wege und Präventionsmaßnahmen gefunden werden, um Belastungen im Berufsleben zu reduzieren, um Arbeitsplätze für ältere Menschen zu sichern und die Diskriminierung von älteren Menschen, etwa bei Neueinstellungen, zu beseitigen. In jedem Fall hält Graeber eine Wissensübertragung von Alt zu Jung und Jung zu Alt am Arbeitsmarkt für wesentlich.

Zudem sind Maßnahmen gegen die Altersarbeitslosigkeit erforderlich. Frühpensionen stellen diesbezüglich keine Lösung dar. Deshalb sind Präventionsmaßnahmen zu setzen (z.B. Kündigungsschutz für über 50-Jährige). Graeber fordert weiters, einen erleichterten Übergang vom Arbeitsleben in die Pension zu ermöglichen. Dabei haben sich flexible Regelungen, z.B. Altersteilzeit, nicht bewährt. Ziel ist es, für alle Geschlechter eine hohe Arbeitsplatzqualität zu erreichen, für alle Lebensaltersgruppen die Förderung eines gesundheits- und lernfähigen Arbeitsumfeldes zu bewirken und berufsbegleitende Weiterbildung zu ermöglichen. Oftmals erhalten ältere Personen keine Möglichkeit zur Weiterbildung. Diese ist allerdings für eine positive Lebenseinstellung entscheidend.

Schließlich sollten, so Graeber, Maßnahmen hinsichtlich der Flexibilisierung der Lebensphasen (Vorbereitungszeit, Erwerbszeit, Altersphase) und einer möglichen Synchronisation getroffen werden. Das Familienbild Mutter, Vater, Kinder und Großeltern hält Graeber für wichtig. Schließlich gibt es neben der finanziellen noch andere Arten der Unterstützung der jüngeren durch die ältere Generation.

Panel 2: Bildung und Beschäftigung*DiskussionsteilnehmerInnen:**Zsuzsa Ferge, Loránd Eötvös Universität Ungarn**Otto Graeber, European Senior Organisation, Deutschland**Juliette Kamper, Europäische Frauenlobby, Belgien**Jean Marc Roirant, La Ligue, Frankreich**Proinsias De Rossa, Europäisches Parlament**Jorma Turunen, TSL Worker's Educational Association, Finnland**Josef Weidenholzer, Volkshilfe Österreich***Fehlende Finanzierung für beschäftigungspolitische Maßnahmen**

Josef Weidenholzer (Vize-Präsident von solidar) stellte einleitend fest, dass die Beschäftigungslosigkeit eine europäische Krankheit ist. Oft sei die Einstellung vorherrschend: Man kann ja ohnehin nichts mehr ändern... Dies ist selbstverständlich nicht korrekt. Im Rahmen des Gipfels von Amsterdam und des Beschäftigungsgipfels von Luxemburg wurde allerdings dargelegt, dass es keine EU-Finanzierung für die Beschäftigungspolitik gibt. Dies sei problematisch.

Es bestehen zwar Europäische Fonds zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik, allerdings sind diese meist schlecht dotiert. Es gibt eigentlich keinen eigenen Beschäftigungsfonds. Der politische Mainstream geht gegenwärtig in die Richtung einer weiteren Kürzung von Sozialleistungen, da argumentiert wird, dass ein leichter Zugang zur Sozialhilfe ein leichter Weg zur bequemen Arbeitslosigkeit sei. Aus dieser Argumentation wird für Weidenholzer ersichtlich, dass die wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen überarbeitet werden müssen, da diese auf falschen ideologischen Ansätzen basieren.

Bezug nehmend auf den Gipfel von Luxemburg sollten alle Akteure in den Prozess für eine europäische Beschäftigungspolitik eingebunden werden. Eine Einigung über gemeinsame Ziele mit einer individuellen Länderdefinition ist anzustreben. Gemeinsam haben die Mitgliedstaaten den Vorteil, von einander zu lernen. Das Netzwerk von solidar ist ein Akteur in diesem Prozess und eine wichtige Vertretung von Problemgruppen, die benachteiligt sind. Das Angebot der Dienstleistungsorganisationen wächst zunehmend. Die Anzahl der Einrichtungen steigt jährlich um zehn Prozent.

Ein grundlegendes Problem ist, dass es zwar viele Ideen gibt, dass sich die Prozesse auf europäischer Ebene aber schwierig gestalten. Als weiteren Pro-

blembereich nannte Weidenholzer das Herkunftslandprinzip bei der Dienstleistungsrichtlinie. Bezüglich des proklamierten Ziels der Schaffung von 600.000 Arbeitsplätzen europaweit erhebt sich die Frage: Ist dies ausreichend? Wie viele Arbeitsplätze werden durch andere Maßnahmen wieder zerstört?

Übereinstimmend wurde festgehalten, dass die Europäische Union derzeit für die anstehenden Probleme in den Bereichen Beschäftigung und Bildung keine effektiven Lösungen anbietet.

Publikumsdiskussion

In der anschließenden Publikumsdiskussion wurde Kritik geäußert an der steuerlichen Bevorzugung von Großunternehmen, obwohl diese – im Gegensatz zu Klein- und Mittelbetrieben – wenig für die Beschäftigung tun würden. „Die Bevölkerung hat für Ratlosigkeit in diesen Belangen kein Verständnis, da es einerseits große Förderungen und Investitionen gibt, und andererseits große Vernachlässigungen“, so eine Stimme aus dem Plenum.

Herr De Rossa wurde gefragt, ob es Möglichkeiten des Europäischen Parlaments gibt, diesbezüglich den Europäischen Rat zu beeinflussen bzw. diese Bedingungen zu verändern. Dieser wies darauf hin, dass die EU in Fragen der Beschäftigung und Bildung nur begrenzt handlungsfähig sei. Denn meist sind die Mitgliedstaaten für die lokalen Regelungen und Umsetzungen verantwortlich und haben auch entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Wettbewerbs. Die Offene Methode der Koordinierung sieht er ist als gute Möglichkeit für ein gemeinsames Handeln der Mitgliedstaaten. Ziel ist ein transparenter Ablauf, um so auch bei der Bevölkerung ein Verständnis für die Prozessentwicklung zu erhalten. Wenn die nationalen Regierungen die Bevölkerung über die Entwicklungen auf europäischer Ebene nicht hinreichend informieren, fehlt dieser auch das Verständnis hierfür.

Ein aktives nationales Parlament ist erforderlich, um die Bevölkerung und die Öffentlichkeit aktiv in Weiterentwicklungen einzubinden. Die Europäische Kommission hat zum Beispiel Irland oftmals auf Mängel im Bereich Kinderbetreuung hingewiesen. Die konkreten Maßnahmen jedoch müssen von den Ländern ergriffen werden. Und es ist wichtig, dass SozialpartnerInnen, Gewerkschaften, NGOs und Parlamente auf Mängel aufmerksam gemacht werden. In den Ländern wird oft kein Zusammenhang zwischen den Nationalstaaten und Europa gesehen. Jeder Mitgliedstaat hat einen Einfluss auf Europa, auch wenn es nach wie vor große nationale Unterschiede, z.B. bezüglich Steuersystem, Weiterbildungsmaßnahmen etc., gibt.

Wie sichern wir die Sozial- und Gesundheitsversorgung in Europa?

In Europa wächst die Zahl jener Menschen, die medizinische Leistungen, Pflege und Betreuung benötigen. Wie gesund sind Europas Gesundheitssysteme? Wie können Gesundheitsmodelle verbessert und der leistbare Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung für alle erreicht werden?

Mike Jackson berichtete am Anfang des von Erich Fenninger (Volkshilfe) moderierten Panels über die aktuelle Entwicklung im britischen Gesundheitssystem. Jackson ist Vertreter von Unison, der größten Gewerkschaft in England, von deren gut 1,4 Millionen Mitgliedern 425.000 beim National Health Service (NHS) beschäftigt sind.

Unison steht momentan vor großen Herausforderungen. Zum geschichtlichen Hintergrund: Die Gesundheitsversorgungen werden in Großbritannien seit rund 60 Jahren vom Staat erbracht. Die Vorteile dieses Systems waren stets größer als die Nachteile. Die konservative Regierung unter Thatcher reduzierte jedoch die staatliche Finanzierung im Gesundheitswesen. Es gab eine Vermarktwirtschaftlichung. Die Labourregierung kehrte anfangs diesen Trend um. Zurzeit ist aber wieder eine Rückkehr zur Marktphilosophie im Gange. Die Basisgesundheitsleistungen sollen in den Privatbereich ausgelagert werden. Dadurch werden multinationale Unternehmen unterstützt. Von den Unison-VertreterInnen, die ein staatliches Gesundheitssystem favorisieren, gab es massive Proteste dagegen. Denn die Menschen sollen bedürfnisgerechte Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen können, so Jackson.

Gesundheitsversorgung in Estland

Auch in den neuen EU-Staaten, beispielsweise in Estland, gibt es diese Diskussion um mehr Staat oder mehr Privat im Gesundheitssystem, vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hin zu einer älter werdenden Gesellschaft. Diese werfe Probleme auf, die noch in keinem Staat gelöst seien, sagte Mihkel Liivo vom Johannes Mikkelson Centre in Estland. Die PensionistInnen werden mehr Pflege benötigen. Es wird aber weniger junge Menschen für die Finanzierung geben. Die Gesellschaft muss daher eine Entscheidung treffen: Soll man mehr Beiträge

bzw. Steuern einheben die vorhandenen Mittel umschichten oder aber Leistungen reduzieren? Egal, welche Entscheidung fällt, die Mittel müssen in jedem Fall effizient genutzt werden.

In Estland greifen die Gesundheitsreformen gut. Ein Teil der Bevölkerung (6%-7%) ist aber nicht in die Krankenversicherung integriert. Diese Menschen bekommen nur im Notfall eine Versorgung. Die Krankenhäuser in Estland sind in der Regel im Eigentum von Gemeinden oder des Staates. Nur ein Zehntel aller Betten ist in Privatbesitz. In der Zahnmedizin gibt es viele profitorientierte Unternehmen. Das gleiche gilt für die Bereiche kosmetische Chirurgie und Geburtshilfe. Liivo sprach sich für eine staatliche Gesundheitspolitik und gegen eine ultraliberale, marktorientierte Haltung in diesem Bereich aus. Denn das zentrale Risiko der Liberalisierung sei, dass Leistungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, wenn sie nicht profitabel sind. Der Eckpfeiler der Gesundheitsversicherung ist Solidarität. Eine kommerzielle Gesundheitsversicherung wäre ein Rückschritt.

Voraussetzung für den Zugang zu und das Anbieten von qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen ist eine ausreichend große Anzahl an medizinischem Personal. Die Abwanderung des medizinischen Personals ist für Estland ein großes Problem. Viele Ordinationen sind nicht besetzt. Es müssen daher Lösungen gefunden werden, wie Ärzte und Pflegepersonen im Beruf und in Estland gehalten werden können.

Gesundheitspolitische Diskussion in Israel

Miriam J. Hirschfeld vom Max Stern Academic College of Emek Yezreel wies darauf hin, dass die Diskussionen, die in Europa geführt werden, in anderen Ländern aufmerksam verfolgt würden. Auch in Israel sei man auf der Suche nach Alternativen zum neoliberalen Modell. Hirschfeld konstatiert ein globales Missverhältnis zwischen der Häufigkeit des Auftretens von Krankheiten (Krankheitslast) und den zu deren Heilung aufgewendeten Mitteln: In den Industriestaaten werden 89 Prozent der Mittel für die Gesundheitsversorgung für sieben Prozent der globalen Krankheitslast getragen, während in Entwicklungsländern das Verhältnis bei elf Prozent der Mittel für 93 Prozent der Krankheitslast liegt. Die Herausforderungen der Zukunft sieht Hirschfeld vor allem in folgenden Bereichen:

- Prävention (bessere Gesundheit)
- Wir müssen die Familie im Blick haben, vom Fötus bis zum Sterbenden.

- Eine starken Zunahme der älteren Bevölkerung (in den Entwicklungsländern ist dies viel stärker der Fall als in Europa).
- Wir brauchen positive Ideen über das Alter.
- Besserer Zugang zu Gesundheitssystemen
- Leistungen für marginalisierte Gruppen
- Professionelle Arbeit in der Pflege und das hierfür nötige Wissen müssen verankert werden. Dies ist nur auf akademischem Niveau möglich. Der Fokus liegt auf kompetenten MitarbeiterInnen, die auch eine soziale Einstellung haben.

Aktuelle Herausforderungen auf EU-Ebene

Katrin Hugendubel von solidar thematisierte gleichfalls die gesundheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft. Diese sind für sie:

1. steigende Nachfrage, etwa nach Pflegedienstleistungen
2. zunehmender Wettbewerb, induziert durch die Privatisierung von Gesundheitsdiensten
3. weniger (finanzielle) Unterstützung vom Staat
4. immer mehr Marktanalysen anstatt Bedarfsanalysen

Viele Herausforderungen seien trotz der unterschiedlichen Gesundheitssysteme weltweit gleich. Bestimmte Probleme ergeben sich allerdings aus der spezifischen Kompetenzlage in der Europäischen Union. Wettbewerb und Binnenmarktregelungen sind EU-Kompetenz. Die Sozialpolitik wird hingegen auf nationaler Ebene definiert und ist nationale Kompetenz. Die zentrale Frage für Hugendubel ist, was unter EU-Kompetenz und was unter nationale Kompetenz fällt und wie diese geteilte Kompetenz organisiert werden kann.

Virulent wurde diese Frage zuletzt in Zusammenhang mit der erstmals 2004 vorgestellten Dienstleistungsrichtlinie. Deren Ziel ist es, Hindernisse abzubauen,

Panel 3: Sozial- und Gesundheitsversorgung

ReferentInnen:

Mike Jackson, Unison, Großbritannien

Miriam J. Hirschfeld, Max Stern Academic College of Emek Yezreel, Israel

Mihkel Liivo, Johannes Mikkelson Centre, Estland

Katrin Hugendubel, solidar

Jenny Ytsma, European Senior Organisation, Niederlande

Moderator: Erich Fenninger, Volkshilfe Österreich

um das Anbieten von grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu erleichtern. Die Richtlinie hatte in ihrer ursprünglichen Form den Anspruch, für alle Dienstleistungen zu gelten, anstatt einzelne Bereiche zu regeln. Sie bezog damit auch die Dienste der Daseinsvorsorge mit ein. Solidar erhob jedoch die Forderung, alle sozialen und Bildungsdienstleistungen von der Richtlinie auszunehmen, weil BenutzerInnen von sozialen Diensten keine „Kunden“ im klassischen Sinn sind. Oft ist die völlige Wahlfreiheit nicht gegeben, weshalb es wichtig ist, Qualität und Zugang für alle zu sichern.

Im einzelnen geht es um die Frage, was eigentlich unter Leistungen der Daseinsvorsorge fällt und wie wirtschaftliche von nicht-wirtschaftlichen Tätigkeiten abzugrenzen sind und in welchem Bereich das Europäische Gemeinschaftsrecht anzuwenden ist bzw. welche Kompetenzen auf nationaler, regionaler, lokaler oder europäischer Ebene geregelt werden müssen. Von Sozial- und Gesundheitsdiensten war lange nicht die Rede. Diese kamen erst später dazu.

Hugendubel erwartet sich mehr Klarheit in dieser Frage sowie in weiterer Folge Vorschläge dazu, wie Ausschreibungen zu Sozial- und Gesundheitsdienste funktionieren können, sowie eine Beurteilung der Effektivität der Ausschreibungen. Langfristig müsse über zentrale Prüfkriterien nachgedacht werden.

Gesundheit und Wohlbefinden älterer Menschen

Die Niederländerin Jenny Ytsma von der European Senior Organisation befasste sich mit der Gesundheitspolitik für ältere Menschen. Sie kritisierte, dass diese häufig nur unter dem Kostenaspekt betrachtet werde. Für Ytsma sind jedoch andere Aspekte prioritär, etwa der Umstand, dass Gesundheit einen wesentlichen Einfluss auf unser Glücksgefühl hat. Ein Thema dabei ist die Sexualität bei älteren Menschen. Ältere Menschen haben einen uneingeschränkten Anspruch auf sexuelle Gesundheit, so Ytsma. Was braucht man dafür?

1. Enttabuisieren
2. Eine andere Einstellung zu Sexualität: „Es geht um Gefühle, um körperliches Wohlbefinden und nicht um Leistung.“
3. Privatheit: „Im Pflegeheim muss man die Türen schließen können.“

In der anschließenden Plenumsdiskussion stellte Miriam Hirschfeld die weit verbreitete Annahme, dass mehr alte Menschen sehr viel mehr kosten, in Frage. Es

gebe amerikanische Forschungen, die besagen, dass die Bevölkerung allgemein und alte Menschen im Besonderen tendenziell gesünder werden und insofern weniger Kosten entstehen werden als befürchtet.

Die andere Frage ist, wie Gesundheits- und Sozialdienste organisiert werden. Schreitet man erst bei der Katastrophe ein oder schon vorher (Prävention). D.h. die Gesundheitspolitik hat Einfluss darauf, wie hoch die Kosten ausfallen. Eine vernünftige, akkordierte Gesundheits- und Sozialpolitik könnte sehr viel Kosten sparen.

Wie finanzieren wir ein soziales Europa?

Sozialabbau und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung bedrohen viele Menschen in Europa. Die ReferentInnen des Panel 4 diskutierten die Frage, wie ein modernes Sozialsystem künftig finanziert werden kann.

In Großbritannien wird die Arbeitsmarktintegration als einzige Antwort auf soziale Ausgrenzung gesehen, berichtete Tamara Flanagan, Direktorin des Bereichs „Europäische Poilitik“ bei British Communities Service Volunteers (CSV). Doch obwohl die meisten Mittel für sozial benachteiligte Menschen in Großbritannien von nationalen Budgets getragen werden sollten, findet diese Integration nicht statt. Personen, die bereits längere Zeit vom Arbeitsmarkt weg sind, können nur schwer an Programmen der Regierung teilnehmen. Dies führt zu großen Anstrengungen, Mittel von der EU zu erhalten, die einen Fokus auf die Verbesserung der Sozialleistungen legt, um den beschriebenen Gruppen zu helfen. In Großbritannien ist der NGO-Sektor gut organisiert, insbesondere was das Lukrieren von EU-Mitteln und die Mitgestaltung von EU-Fonds betrifft.

Die Regierung in Großbritannien hat über 1.000 Projekte im sozialen Bereich umgesetzt. Im Vergleich zum Gesamtbudget Großbritanniens ist das Finanzvolumen, das in den Projekten umgesetzt wurde, aber verhältnismäßig gering. Die CSV arbeitet mit sozial Benachteiligten. Diese Menschen suchen anständige Arbeit für ein anständiges Leben. Die CSV versucht Programme zu entwickeln, die längerfristig wirken, d.h. über die Dauer einer Legislaturperiode hinausge-

Yenny Ytsma berichtete, dass man in den Niederlanden bemüht ist, dass Menschen so lange wie möglich zu Hause bleiben und dabei Hilfe bekommen können. Ein anderes, sehr wichtiges Thema in diesem Rahmen ist für sie die Frage nach der eigenen Verantwortlichkeit für unsere Gesundheit. Wir müssen Verantwortung für die eigene Gesundheit übernehmen, so Ytsma. Und sie merkte abschließend an: „Ältere Menschen sind auch eine Ressource. Man könnte auch konstruktive Maßnahmen erarbeiten.“

hen und auch auf breiter Basis umsetzbar sind, denn nur so kann eine langfristige Sicherung des Sozialsystems erreicht werden. Die Wirtschaftspolitik in Großbritannien ist jedoch eher hinderlich für solche Programme, denn sie hat die Intention, das Arbeitslosengeld zu streichen, in dem Glauben, dass dadurch alle wieder arbeiten gehen. In Großbritannien gibt es zwar eine relativ geringe Arbeitslosenrate, jedoch sind 3,4 Millionen Menschen „inaktiv“. Menschen wird häufig der Zugang zu Beschäftigungsprogrammen verwehrt, weil sie z.B. als behindert eingestuft sind, obwohl sie de facto „nur“ langzeitarbeitslos sind. Derartige Vorgehensweisen zur Verfälschung der Arbeitslosenstatistik sind zu kritisieren, zumal auf diese Weise viele Menschen, obwohl arbeitswillig, vom Zugang zu Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Tamara Flanagan plädiert dafür, neben inhaltlichen Festlegungen auch die Struktur der NGOs in Europa auszubauen und soziale Unternehmen zu fördern.

Was versteht man unter einem sozialen Europa?

Moderatorin Agnes Streissler (AK Wien) resümierte, dass offenbar große Hoffnung auf die europäischen Strukturfonds als Finanzierungsinstrument besteht. Der ehemalige österreichische Finanzminister und nunmehrige Obmann des Pensionistenverbandes Wien, Rudolf Edlinger, vertrat die Ansicht, dass die EU das soziale Europa nicht finanzieren kann, sondern dass dies Aufgabe der Mitgliedstaaten sei. Allerdings müssten die Rahmenbedingungen für die Erfüllung dieser Aufgaben von der EU vorgegeben werden.

Für Edlinger stellt sich die Frage, was eigentlich unter einem „sozialen Europa“ zu verstehen ist. Für ihn bedeutet ein soziales Europa:

- soziale Sicherheit in allen Lebenslagen (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter)

- Schaffung sozialer und gerechter Arbeitsbedingungen
- umfasst alle Bereiche der Politik
- Förderung von Wohlstand für breiteste Bevölkerungsgruppen
- Minimierung der Armut

Edlinger monierte, dass das soziale Europa in der aktuellen Politik, vor allem in den Budgets, immer mehr eine untergeordnete Rolle spielt. In Politik und Wirtschaft steht zunehmend das Individuum im Mittelpunkt, wodurch der Wohlfahrtsstaat tendenziell in Frage gestellt wird. Vieles wird nur mehr auf die Frage der Finanzierung reduziert: Menschen, die im Arbeitsprozess stehen, werden als Kostenfaktoren (ab)qualifiziert oder in anderen Bereichen bestenfalls als KonsumentInnen, nicht mehr jedoch als Individuen mit eigenen Bedürfnissen wahrgenommen. Im Blickfeld der Finanzpolitik steht nur mehr das Budgetdefizit, der soziale Aspekt kommt zu kurz.

Es sei irreführend zu sagen, Europa sei arm oder Europa habe über seine Verhältnisse gelebt und müsse nun sparen. Die Schulden der Wirtschaft sind in Summe doppelt so hoch wie die Staatsschulden aller europäischen Staaten gemeinsam – hat also dieser Logik folgend die Wirtschaft über ihre Verhältnisse gelebt? Diese Frage kann nicht so leicht beantwortet werden. In Österreich gibt es z.B. 100 Mal soviel Geldvermögen wie der Staat für sämtliche Pensionen in einem Jahr ausgibt. Es gibt 70 Mal soviel Geldvermögen in Österreich wie der Staat für das gesamte Gesundheitswesen ausgibt. Rudolf Edlinger: „Und da sollen wir uns Gesundheit nicht mehr leisten können?“ Seiner Ansicht nach muss daher ein Umdenken erfolgen. In welche Richtung dies gehen soll, konkretisierte er anhand von vier Vorschlägen zur Finanzierung eines sozialen Europa:

1. Heranziehung großer Vermögen in Höhe von z.B. nur 0,1 Prozent pro Jahr. Dadurch könnten in Österreich 1,5 Milliarden Euro lukriert werden.
2. gerechtere Aufbringung der Sozialversicherungsbeiträge – der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttosozialprodukt nimmt ab, derjenige der Gewinne der Unternehmen nimmt zu – warum sollen Sozialleistungen nur über die Löhne finanziert werden?
3. Abschaffung von Steuerprivilegien. Einführung einer Steuer auf Transaktionsgewinne am Kapitalmarkt analog zur Besteuerung der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen durch die Mehrwertsteuer.

4. Erhöhung der Einkommen, da diese die Menschen befähigen, am sozialen Leben teilzunehmen.

Edlingers Fazit: Europa ist reich genug, um sich die Aufrechterhaltung des Sozialstaates weiterhin leisten zu können. Agnes Streissler merkte an, dass diese vier Vorschläge immer wieder in die Diskussion eingebracht werden. Die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit bleibe aber nach wie vor offen.

Starke Vorsorgekomponente erforderlich

Warum sollen wir uns überhaupt für ein soziales Europa einsetzen? Diese Frage stellte der Bundesvorsitzende der deutschen Arbeiterwohlfahrt (AWO), Wilhelm Schmidt, an den Beginn seiner Ausführungen. Die Antwort liegt für ihn auf der Hand: Über 72 Millionen Menschen in Europa leben an oder unter der Armutsgrenze, gleichzeitig gibt es 70 Millionen Pflegebedürftige und 32 Millionen Arbeitslose – „das ist die Aufgabe, der wir uns alle auch unter europäischer Perspektive zu stellen haben“, so Schmidt.

Wissenschaftliche Studien haben bestätigt, dass Armut und Arbeitslosigkeit den sozialen Frieden gefährden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist Frankreich. Weiters ist bestätigt, dass bildungsarme Schichten leichter der Armut zum Opfer fallen. Unter diesen Erkenntnissen sollten die Arbeitsprogramme gestaltet werden. Sozialsysteme müssen auf eine starke Vorsorgekomponente bauen. Es müssen jene versorgt werden, die unter Arbeitslosigkeit, Bildungsproblemen und Armut leiden.

Schmidt erhob folgende acht Forderungen in Hinblick auf die Gestaltung der europäischen Sozialpolitik:

1. Fortsetzung der Lissabon Strategie auch im sozialen Bereich mit Reflexion der Frage: Was gehört alles dazu? Man dürfe nicht nur von nationalen Erfahrungen ausgehen, sondern die Mitgliedstaaten müssten auch formulieren, was sie von einem europäischen Sozialmodell erwarten. Erst dann kann die Frage gestellt werden, wie die Finanzierung aussehen soll.
2. Überprüfung der Sozialmodelle der einzelnen Nationen auf ihre Brauchbarkeit, Umsetzbarkeit und ihr Übertragungspotential auf die EU. Jedoch dürfe das deutsche Sozialmodell nicht als bloßes Subventionsmodell abgestempelt werden.
3. Ausbau der Bildungsförderung
4. Die EU muss die Budgetpolitik umstellen: Durch eine Gewichtsverlagerung von der Agrarpolitik hin zur Sozialpolitik würde auch die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung vergrößert werden.

5. Ausbau der Vermögensbesteuerung
6. Die Entlohnung bei der Erbringung von Dienstleistungen muss sich am Zielland und nicht am Herkunftsland orientieren.
7. entschlossener Kampf gegen Schwarzarbeit und gegen die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben
8. Sozialorganisationen müssen sich als soziale Dienstleister am Markt bewähren, Preise und Leistungen sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Auch in den Organisationen müssen neuere Strukturen geschaffen werden, um die Leistungen möglichst günstig anbieten zu können und sie somit mehr Menschen zugänglich zu machen.

Für die Moderatorin Agnes Streissler stellt sich hier wiederum die Frage nach der politischen Machbarkeit. Eine Möglichkeit wäre, mehr Budget für soziale Leistungen und weniger für den Agrarbereich zur Verfügung zu stellen. Das Hauptproblem sei aber, wie man es schafft, die unterschiedlichen Interessen der EU-Staaten unter einen Hut zu bekommen.

Soziales Europa ist leistbar

Auch Simon Wilson, der Direktor der „social platform“, einer Dachorganisation sozialer NGOs in Europa, beantwortet die Frage, ob wir uns ein soziales Europa leisten können, mit ja. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Die Finanzierungsfrage werde im Übrigen nur im Sozialbereich gestellt, nicht jedoch in anderen Bereichen wie z.B. Terrorbekämpfung – hier gibt es eine politische Übereinstimmung und die Finanzierung ist möglich.

Die Finanzierung der sozialen Leistungen wird aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft weiterhin problematisch sein. Die Antwort der Politik ist Sparen. Aber andererseits muss das Konsumniveau aufrechterhalten werden, um die Wirtschaft in Schwung zu halten. Länger zu arbeiten kann nicht die Lösung sein, wenn viele beschäftigungslos sind. Ein wesentliches Problem ist, dass ältere arbeitsfähige Personen nicht von der Wirtschaft aufgenommen werden. Die EU und die Mitgliedstaaten haben es nicht geschafft, die Diskriminierung der Älteren zu verhindern. Ein weiterer Problembereich ist der Ausschluss von Flüchtlingen, die keinen Beitrag zur Wirtschaft und somit zur Pensionssicherung leisten dürfen.

Gleiche Ausgangspositionen für alle schaffen

Ähnlich wie zuvor Rudolf Edlinger meinte der Geschäftsführer des Fonds Soziales Wien, Peter Hacker,

dass man zuerst definiert werden müsse, „was ein soziales Europa ist, was wir von einem sozialen Europa erwarten und ob wir es überhaupt wollen“. Erst danach könne die Finanzierung geklärt werden.

Gerade die Bevölkerungen wolle ein soziales Europa und nicht nur Frieden und Wirtschaftssicherheit. Man habe sich in der Vergangenheit zuviel von neoliberalen Ansätzen leiten lassen. Prinzipien wie Solidarität und soziale Sicherheit wurden dadurch hintangestellt. Der Neoliberalismus beruht auf der Fiktion der Chancengleichheit, die aber real nicht gegeben ist.

Ein soziales Europa muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie gleiche Ausgangspositionen für alle geschaffen werden können. Eine Grundlage hierfür ist ein einheitliches Gehalts- und Lohnniveau als Grundprinzip, denn unterschiedliche Gehalts- und Lohnniveaus stellen eine Wettbewerbsverzerrung dar.

Sozialleistungen dürfen nicht nur als Kosten betrachtet werden, sondern sind auch als Investitionen in die Menschen zu sehen. Eine stärkere Debatte zu den Bedürfnissen der Marktwirtschaft und den Bedürfnissen nach sozialer Sicherheit ist zu führen, weiters müsse eine Balance zwischen Zentralismus und Regionalismus (somit zwischen EU und Mitgliedstaaten) hergestellt werden. „Ich glaube nicht an ein EU-Sozialmodell, sondern an viele EU-Sozialmodelle, an keinen Einheitsbrei, sondern an die Berücksichtigung der regionalen Bedingungen, denn soziale Sicherheit muss mit Kultur verbunden sein,“ sagte Hacker.

Momentan erfolgt die Finanzierung des Sozialstaats durch die Erwerbswirtschaft. Das Hauptproblem ist jedoch die hohe Arbeitslosigkeit. Eine Alternative

Panel 4: Finanzierung

ReferentInnen:

Rudolf Edlinger, ehemaliger österreichischer Finanzminister, jetzt Vizepräsident des Pensionistenverbandes von Österreich und Präsident des Pensionistenverbandes Wien

Wilhelm Schmidt, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Deutschland

Peter Hacker, Geschäftsführer des Fonds Soziales Wien (FSW)

Simon Wilson, Direktor der „social platform“

Tamara Flanagan, Direktorin des Bereichs „europäische Politik“ bei „British Communities Service Volunteers“ (CSV)

Moderatorin: Agnes Streissler, Arbeiterkammer Wien

dazu kann eine Steuerfinanzierung der Sozialleistungen sein. Die private Vorsorge dürfe nicht die tragende Säule sein.

Weiters sollte eine Professionalisierung der sozialen Leistungen stattfinden. Diese dürfen nicht nur als „barmherzige Leistung“ gesehen werden, sondern sind als gesellschaftlich und ökonomisch relevante Leistungen anzuerkennen. Die Sinnhaftigkeit des Wettbewerbs im Bereich der sozialen Leistungen ist kritisch zu prüfen.

Vernetzung vorantreiben

Auch dieses Panel wurde mit einer Publikumsdiskussion beendet. Darin wurde darauf hingewiesen, dass es

wichtig ist, langfristig zu denken sowie über die regionalen Grenzen hinauszuschauen und von anderen zu lernen. Gerade die Langfristigkeit ist aber ein Problem der Politik, da angesichts von Wahlen meist kurzfristig gedacht wird. Die Aufgabe der EU wurde mehrheitlich darin gesehen, Mindeststandards für soziale Leistungen der einzelnen EU-Staaten festzulegen.

Wilhelm Schmidt von der Arbeiterwohlfahrt stimmte der Forderung aus dem Plenum zu, dass mehr Austausch zwischen bewährten Modellen der einzelnen Staaten erfolgen soll. Gleichzeitig sollte man eine enge Zusammenarbeit mit dem EU-Parlament anstreben. Solidarversucht, die Vernetzung in beide Richtungen voranzutreiben.



Präsentierten Finanzierungsvorschläge für ein soziales Europa: Die PodiumsteilnehmerInnen des Panel 4



Die TeilnehmerInnen der Abschlussdiskussion betonten die Bedeutung des Europäischen Sozialmodells für die Zukunft.

Ein soziales Europa – eine Zukunftsvision

Zum Abschluss der Veranstaltung diskutierte eine international besetzte Runde über gangbare Wege in Richtung eines sozialen Europa. Moderator war Giampiero Alhadeff von solidar.

Der erste Redner am Podium, Fritz Verzetnitsch, betonte, dass Europa ist ein politisches und nicht nur ein wirtschaftliches Konzept ist: „Das solidarische Europa, das europäische Sozialmodell ist wünschenswert, aber die Realität schaut anders aus.“ Für Verzetnitsch sind derzeit noch eine Reihe von Fragen offen: Wie kann man die Globalisierung mit den europäischen Werten formen? Was können wir machen, dass solidarische Werte auch Wirklichkeit werden? Wie schauen die Arbeitsbedingungen bei sozialen Dienstleistern aus? Teilzeitstellen und geringfügige Beschäftigungen seien Realität, vor allem bei Frauen. Dem neuen Schlagwort von der „Flexicurity“ (Flexibilität plus Sicherheit) steht Verzetnitsch kritisch gegenüber, denn: „Flexicurity hilft nicht gegen Arbeitslosigkeit.“

Adam Tyson von der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission stellte fest: „Wir sind heute in einer besseren Position als vor einem Jahr, dies vor allem wegen des Drucks der Gewerkschaften, der NPOs und mancher Regierungen. Die EU muss sich mit Armut und sozialer Eingliederung beschäftigen.“ Sozial und Wirtschaftspolitik sollten sich in einem ausgewogenen Verhältnis befinden.

Wie das in der Praxis umgesetzt werden kann? Die EU hat darin keine Kompetenzen, sie kann aber fördern und ermutigen. Nationalstaaten sollen Modelle vergleichen können und so voneinander lernen. In Irland gibt es beispielsweise innovative Ansätze, wie man Verschuldung von Einzelpersonen und Familien reduzieren kann. Und Dänemark sei zwar kein Paradies, aber es gibt hier bedeutsame Investitionen in das Bildungswesen und ein gut ausgebautes soziales Netz. Dadurch können Menschen am Arbeitsmarkt auch Risiken eingehen.

Viele Regierungen sind der Überzeugung, dass nur durch niedrige Löhne wirtschaftliches Wachstum generiert werden könne. Dagegen meint Tyson: „Wir müssen diese Regierungen überzeugen, dass das keine gute Strategie ist.“ Auch wenn der soziale

Aspekt bei wirtschaftlichen Entscheidungen vielfach nicht berücksichtigt werde, solle man sich nicht entmutigen lassen.

Welche Möglichkeiten hat Europa?

Rainer Brückers von der deutschen Arbeiterwohlfahrt forderte, dass der Abbau von Sozialstandards in den Nationalstaaten gestoppt werde. Viele Fehlentwicklungen würden von den Mitgliedstaaten auf die EU geschoben, obwohl sie in der nationalen Verantwortung liegen. Es dürften aber auch in der EU keine Vorgaben entwickelt werden, die das soziale Europa behindern (Stichwort Dienstleistungsrichtlinie). Welche Möglichkeiten hat Europa, um sozialen Dienstleistern bessere Möglichkeiten zu schaffen? Dies gelte es auszuloten.

Simon Wilson von der "social platform" betonte, dass das soziale Europa auch ein demokratisches Projekt ist: "Neue Arten der partizipatorischen Demokratie sind notwendig. Hier ist die Rolle der NGOs so wichtig. NGOs geben der Bevölkerung eine Stimme. Langfristig müssen wir die demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen bewältigen. In manchen Ländern Europas müssen wir erst die Standards erreichen, die andere nicht verlieren wollen. Wichtig ist es, hier eine Übereinstimmung zu finden. Aktivisten müssen Druck auf die EU ausüben und das funktioniert. Wir können den Tenor verändern, wie über Europa gesprochen wird."

Christoph Matznetter vom sozialdemokratischen Wirtschaftsverband stellte die Frage: Gibt es wirklich einen Widerspruch zwischen Sozialem und Wirtschaft? Was hat denn den sozialen Aufschwung ermöglicht? Soziale Sicherheit (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pension, Pflegebedürftigkeit) baut auf Ökonomie auf. Wenn z.B. kein Pflegeangebot vorhanden ist, müssen die Pflegebedürftigen trotzdem gepflegt werden. Vor allem Frauen scheiden dann aus dem Arbeitsprozess aus und können zur Erwerbswirtschaft weniger beitragen. Das soziale Modell sei das produktivere, denn „Maschinen kaufen keine Autos“. Die Verteilungsgerechtigkeit dürfe nicht so stark werden, dass die Käufer wegfallen.

Oft würden Scheinargumente verwendet, um gegen die soziale Marktwirtschaft zu wettern. So hätten z.B. sogar die von den Neoliberalen als Vorbild gesehenen USA 33 Prozent Körperschaftssteuer. Der Europäische Traum ist Matznetter zufolge nicht nur ein Traum. Den Europäern geht es ökonomisch und sozial besser als der Bevölkerung in den USA: „Wir haben die besser ausgebildeten Personen, viele gehen in die

USA." Soziale Systeme dürfen aber nicht finanziell ausgetrocknet werden. Leistungen, welche die Volkswirtschaft erbringt, müssten an Steuern, etwa über eine Kapitalertragssteuer, zurückkommen.

Plädoyer für internationale Zusammenarbeit

Maria Helena André vom Europäischen Gewerkschaftsbund plädierte für internationale Zusammenarbeit trotz teilweise voneinander abweichender Zielsetzungen. Denn es gebe auch gemeinsame Ziele, zum Beispiel die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wichtig ist es, Partnerschaften zu fördern. Es gibt große Unterschiede zwischen Absichten und Umsetzungen. 2005 war für die EU ein schwieriges Jahr, wie anhand der Stichworte EU-Erweiterung, wirtschaftliche Krise, Budgetkrise, institutionelle Krise (Verfassung) deutlich wird.

Einerseits gibt es gemeinsame Werte, andererseits gibt es 25 unterschiedliche Kulturen und Traditionen. Ein europäisches Sozialmodell muss dies berücksichtigen. Deregulierung ist mit weniger Arbeitnehmerrechten verbunden. Richtlinien sollen vereinfacht werden und effizienter gestaltet werden, aber es darf keine Einschnitte in die Rechte der Arbeitnehmer geben. Dienstleistungen müssen den Menschen zur Verfügung gestellt werden und dürfen sich nicht gegen die Menschen richten. Dies sei der adäquate Zugang zur Dienstleistungsrichtlinie.

Die Europäische Kommission hat erkannt, dass sie sich nicht nur auf den Wettbewerb konzentrieren darf. Wichtig ist auch der politische Wille der Mitgliedsländer. Wir müssen sicher gehen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Maria Helena André: „Wir müssen die Rechte der einzelnen stärken, aber diese Rechte müssen auch kollektiv gebündelt werden.“ Zum Schlagwort Flexicurity meinte sie: Sicherheit muss denselben Wert haben wie Flexibilität. Das sei der richtige Weg, um das europäische Sozialmodell voranzutreiben.

Kampagne für ein soziales Europa

Zum Abschluss der Veranstaltung wies Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer darauf hin, dass immer wieder von Europamüdigkeit gesprochen werde. Bei der Veranstaltung „SOS Europe“ wurde jedoch das Gegenteil bewiesen, zumal wesentliche Themen angesprochen wurden und ein reger Informationsaustausch stattfand. Für Weidenholzer ist es wichtig, dass die Konferenz kein einmaliges Ereignis bleibt. Deshalb wurde eine Resolution vorbereitet, sieben Punkte für ein soziales Europa (vgl. Beitrag Fenninger). Josef Weidenholzer: „Diese Kampagne muss vorangetrieben werden. SOS-Europa war ein spontaner Gedanke, jetzt ist der Funke übergesprungen. Es ist uns gelungen, Grundrechte in die europäische Verfassung zu bringen, es wird uns gemeinsam auch gelingen, soziale Akzente zu setzen.“



Kundgebung für ein soziales Europa auf dem Ballhausplatz in Wien



KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453